



Beschluss aus der Sitzung

17-014. Sitzung des Kreistages Bergstraße

am Montag, 11.03.2013,

in der "Nibelungenhalle" in Lorsch, Justus-Liebig-Straße 25

Punkt 2.2:

Antrag der FREIE WÄHLER-Fraktion vom 17. Januar 2013 betreffend Kündigung der Mitgliedschaft des Kreises Bergstraße in der Standortmarketing-Gesellschaft Frankfurt-RheinMain GmbH,

- **Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 9. Februar 2013 hierzu,**
- **Verweisungsantrag der Fraktionen von CDU und GRÜNE vom 4. März 2013**
- **Informationsvorlage mit der gemeinsamen Erklärung der südhessischen Landkreise, der Wissenschaftsstadt Darmstadt und der Wirtschaft vom 28. Februar 2013 zur Weiterentwicklung des internationalen Standortmarketings Frankfurt-Rhein-Main und zur Standortmarketinggesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH**

Vorlagen: 17-0743, 17-0743/1, 17-0743/2 und 17-0743/3

Der Ursprungsantrag der FREIE WÄHLER-Fraktion hatte folgenden Wortlaut:

"Die Mitgliedschaft des Kreises Bergstraße in der Standortmarketinggesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH wird zum nächstmöglichen Zeitpunkt gekündigt."

Der Änderungsantrag der FDP-Fraktion hatte folgenden Wortlaut:

"Vor einer möglichen Kündigung der Mitgliedschaft des Kreises Bergstraße in der Standortmarketinggesellschaft FrankfurtRheinMain GmbH wird überprüft, welcher wirtschaftliche Nutzen dem Kreis Bergstraße aus dieser Mitgliedschaft erwächst. Hierzu wird der Kreisausschuss aufgefordert, dem Kreistag einen Tätigkeitsbericht vorzulegen, aus dem bisherige, laufende und geplante Aktivitäten, Projekte und deren Auswirkungen auf den Kreis Bergstraße hervorgehen. Ebenso soll dargestellt werden, welcher finanzielle Aufwand hierfür betrieben wurde (Mitgliedschaft, Gremienbetreuung und -besuche, Personalbindung)."

Entsprechend dem gemeinsamen Antrag der Fraktionen von CDU und GRÜNE vom 4. März 2013 fasste der Kreistag folgenden

Beschluss:

Dem Änderungsantrag der FDP-Fraktion vom 9. Februar 2013 wird zugestimmt und zur Beratung und endgültigen Entscheidung in den Ausschuss für Regionalentwicklung und Infrastruktur verwiesen.

Der Antrag der Fraktion der FREIEN WÄHLER vom 17. Januar 2013 wird zur endgültigen Beratung und Entscheidung in den Ausschuss für Regionalentwicklung und Infrastruktur verwiesen.

Die Beratung erfolgt im Zusammenhang mit der Beratung des Änderungsantrags der FDP-Fraktion.

Im Hinblick auf die derzeit laufenden Änderungsprozesse soll die Beratung im Verlauf des 4. Quartals 2013 erfolgen.

Abstimmungsergebnis:

Einstimmig bei 4 Stimmenthaltungen der anwesenden Mitglieder der FREIE WÄHLER-Fraktion und der Vertreterin der LINKEN.

Von der in der Sitzung verteilten Informationsvorlage 17-0743/3 hat der Kreistag Kenntnis genommen.